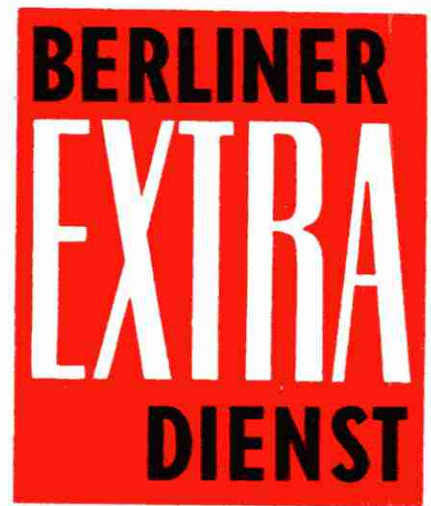


Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend



Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

9. November 1968 – 90/11
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

KLEIN-CHIKAGO AUF DEM CDU-PARTEITAG (SEITE 2)

UM WESTBERLINS JURISTISCHEN STATUS: KLAGE WURDE EINGEREICHT (SEITE 6)

WAHLBÜNDNIS 1969: DIE DORTMUNDER PROGRAMM-DISKUSSION (SEITE 8)

BASISGRUPPE NEUKÖLLN: ELEMENTE EINER BETRIEBS-STRATEGIE (SEITE 10)

HEUTE 14.30 UHR: VIETNAM-DEMONSTRATION LEHNINER UND OLIVAER PLATZ

Arbeiter! Soldaten! Genossen! Brüder!

Der große sehnlichst erwartete Tag ist erschienen. Seit dem 9. November hat das deutsche Volk die Macht in den Händen.

Seit dem 9. November ist Deutschland Republik, und zwar sozialistische Republik der Arbeiter und Soldaten.

Unsere Herzen sind voller Stolz.

Aber wir haben keine Zeit, uns unserer Freude hinzugeben. Nun gilt es, die organisatorische Grundlage für das neue Gemeinwesen herzustellen. Ungeheure Aufgaben erwarten uns. Vor allem die, eine Regierung zu bilden, die unseren Idealen entspricht und den gewaltigen Problemen gewachsen ist.

Grundlage dieser Regierung ist, daß die gesamte gesetzgebende, ausführende, verwaltende und richterliche Gewalt ausschließlich in Händen der Vertreter der Arbeiter und Soldaten ruht.

Diese Vertreter zu bestellen ist eure erste praktische Aufgabe.

Deshalb Soldaten, Brüder, tretet am Sonntag, 10. November, spätestens 10 Uhr, in den Kasernen und Lazaretten zusammen und wählt eure Vertreter. Auf jedes Bataillon fällt 1 Delegierter, ebenso auf jede kleinere selbständige Formation und jedes Lazarett.

Arbeiter! Arbeiterinnen! Brüder! Schwestern! Tretet auch Ihr am Sonntag um 10 Uhr in euren Betrieben zusammen. Auf je 1000 Beschäftigte, Männer oder Frauen, fällt 1 Delegierter. Kleinere Betriebe schließen sich zusammen.

Am Sonntag um 5 Uhr treten die so Gewählten im Zirkus Busch zusammen.

Arbeiter! Soldaten! Sorgt für die Ausführung dieser Anordnungen. Bewahrt Ruhe und Ordnung!

Berlin, 9. November 1918.

Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat.

KLEIN-CHIKAGO IN DER HASENHEIDE: CDU LIESS SICH VON CATCHERN SCHÜTZEN

Obwohl alle Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition eine geplante Demonstration aus Anlaß einer CDU-Großkundgebung in der "Neuen Welt" abgesagt hatten, nachdem Bürgermeister Neubauer den Gebrauch von Schußwaffen auf Seiten der Polizei angekündigt hatte, fand die Veranstaltung unter Sicherungsvorkehrungen statt, die Vergleichen mit dem Demokraten-Kongreß in Chikago standhalten. Schon ab 16 Uhr waren die zur Hasenheide führenden Ausgänge des U-Bahnhofs Hermann-Platz geschlossen und mit Kant-hölzern verrammelt worden. Die an der "Neuen Welt" und am Jahnpark entlangführende Straße war in der ganzen Breite bis zum U-Bahnhof Südsterne gesperrt. Anwohner konnten nur nach gründlicher Ausweiskontrolle passieren, ebenso Pressevertreter und Kundgebungsbesucher, die besondere Eintrittskarten hatten. In mehreren Fällen wurden junge Leute mit etwas längerem Haar oder Bärten, die im Besitz regulärer Eintrittskarten waren, nicht einmal durch die ersten Polizeiabsperrungen gelassen. Der Jahn-Park, der direkt an das Grundstück der "Neuen Welt" grenzt, war mit Hunderten von Polizisten besetzt, die teilweise im Gebüsch verborgen waren. Für die zahlreichen Beamten hatte man extra Toilettenwagen in den Park fahren lassen. Der Zaun zum Grundstück der "Neuen Welt" war mit dreifachen Stacheldrahtsperrungen "gesichert". Am Hermannplatz patrouillierten durch das Kaufhaus Karstadt bis Geschäftsschluß mehrere Dutzend Kriminalbeamte und verfolgten "verdächtige Elemente" durch alle Stockwerke. Flugblattverteiler der APO, die vor den Polizeiabsperrungen aufforderten, nicht zu demonstrieren, wurden teilweise von Passanten tätlich angegriffen. Begründung eines älteren Westberliners am Hermannplatz für diese Handgreiflichkeiten vor den Augen der absperrenden Polizisten: "Neubauer hat ja selbst gesagt, wir sollen uns die Burschen greifen." (Der Innensenator und Bürgermeister hatte tatsächlich aufgefordert, bei der "Feststellung von Straftätern" zu helfen). Von der Polizeiführung wurde erklärt, daß an diesem Abend etwa 1000 Polizisten eingesetzt waren. Tatsächlich aber warteten allein in der "Neuen Welt" mehrere Hundertschaften, die sich im hinteren Saal am Catcher-Ring aufhielten. Sie wurden von ihren im Regen eingesetzten Kollegen beneidet. Außerdem hatte die CDU eine eigene Saalschutz-Staffel unter Leitung des "Junge-Union"-Chefs Jürgen Wohlrabe. Das Fußvolk war einheitlich mit roten Plastikhelmen, die höher chargierten Saalschützer mit grünen Helmen versehen. Außerdem gab es noch eine "Kanzler-Schutzgruppe" mit gelben Helmen: Insgesamt soll die Wohlrabe-Truppe 350 Mann stark gewesen sein (so die Auskunft eines "grünen" Einsatzleiters). Bei der Anfahrt von Kiesinger kam es zwischen den Gelbhelmlingen aus der CDU-Schutzstaffel und zehn zivilen Leibwächtern der Sicherungsgruppe Bonn, die mit dem Kanzler vorfuhren, zu einem heillosen Durcheinander. Die Bonner Kanzler-Schützer vermuteten in den anstürmenden "Gelben" offensichtlich zuerst APO-"Terroristen": Bis die Verwirrung geklärt und der Kanzler die fünf Meter vom Wagen bis zur Eingangstür zurücklegen konnte, vergingen mehrere Minuten. Nach der Kundgebung verließ Kiesinger den Saal durch einen Nebenausgang: Etwa 80 Meter trabten zu beiden Seiten des Wagens die Kanzler-Schützer bis zur Straße. Der ganze Sicherheitsaufwand von Polizei und Wohlrabe erwies sich als überflüssig. Bei der Rede von Amrehn, "von der Emotion diktiert" (so "Der Abend"), kam aus dem Saal der Zwischenruf "Einpeitscher". Daraufhin wurde der Zwischenrufer von Männern in weißen Rollkragenpullovern aus dem Saal zur Küche geschleppt. Dort trat man ihm in den Magen und verdrehte ihm die Arme, bevor man ihn der Polizei übergab. Journalisten hörten die Schmerzensschreie und erkundigten sich bei einem der höheren Ordner-Chargen, wer die Schläger seien. Nach längerem Zögern kam die Auskunft, daß hier die hauseigenen Catcher der "Neuen Welt" auf Wunsch der CDU "für Ruhe und Ordnung" gesorgt hatten.

ZITAT DER WOCHE

Aus einem Flugblatt der ad-hoc-Gruppe "CDU-Parteitag", das am Mittwochabend an vor der CDU-Parteiveranstaltung Wache haltende Polizisten verteilt wurde: "Um zu zeigen, daß wir Euch nicht als die Gegner ansehen, ist die Demonstration von heute abgesagt worden. Wir wollen keine Schlacht mit Euch, wir wollen die Auseinandersetzung mit solchen Leuten wie Kiesinger und Amrehn, die hier in Berlin Provokationen auf Kosten der Berliner Bevölkerung, das heißt also auch auf Eure Kosten, durchführen."

REPUBLIKANISCHER CLUB

MONTAG, 11. November, 20 Uhr: Arbeitskreis "Kirche und Revolution".

DONNERSTAG, 14. November, 20 Uhr: Sozialistische Publikation in kapitalistischer Umwelt - zur Informationspolitik des EXTRA-Dienstes. Es referiert Carl L. Guggomos.

FREITAG, 15. November, 20 Uhr: Die Katholische Pfadfinderschaft St. Georg veranstaltet einen Diskussionsabend zum Thema "Revolutionäre Chancen im Jugendverband".

SONNTAG, 17. November, 20 Uhr: Prof. Dr. Eduard März (Wien) zum Thema "Wirtschafts- und gesellschaftspolitische Ziele der sozialistischen Parteien Westeuropas".

MONTAG, 18. November, 20 Uhr: Gründung des Journalistenarbeitskreises im RC.

TERMINE

SONNABEND, 9. November, 14.30 Uhr: Vietnam-Demonstration ab Lehniner und Olivaer Platz (zwei Sammelstellen).

SONNABEND, 9. November, 15 Uhr: "Gedenkveranstaltung zur 50. Wiederkehr des 9. November 1918" der Westberliner SPD im Kleistsaal der Urania. Dr. Friedrich Sarow hält eine Rede zum Thema "Vom Kaiserreich zum Volksstaat - Demokratie als ständige Aufgabe".

MONTAG, 11. November, 20 Uhr: Autoren der "Kogge" aus Holland, Frankreich, Belgien und der Bundesrepublik lesen im "theater 57" des Reichskabarets. Die "Kogge" tritt erstmals in Westberlin auf.

MONTAG, 11. November, 17 Uhr: Der Schülerarbeitskreis diskutiert die Struktur der deutschen Schule anhand der deutschen Schulgesetze, im "bookshop", 1 Berlin 45, Kneisekstraße 10 (S-Bahnhof Lichterfelde-West).

DROHUNGEN: BOMBEN-ANRUF BEI DER POLIZEI

Bei der Polizei erklärten anonyme Anrufer, in den Räumen des Westberliner AStA der FU und im Auditorium maximum der FU seien Bomben versteckt, die während der Veranstaltung des Donnerstagabend explodieren sollten. Die Polizei durchsuchte daraufhin die AStA-Räume, stellte aber keine Bombe fest. Der AStA weigerte sich, das Auditorium mit der Bombenandrohung zu konfrontieren, wie dies die Polizei wünschte, da eine Panik befürchtet wurde, die die Veranstaltung zum Platzen gebracht hätte. Offenbar war das beabsichtigt.

CDU-KUNDGEBUNG: KIESINGER WAR DAGEGEN

Die "Großkundgebung" der CDU mit Bundeskanzler Kiesinger am Mittwoch dieser Woche fand gegen den Wunsch Kiesingers statt. Die Westberliner CDU beabsichtigte, einen Kiesinger-Brief an die Westberliner verteilen zu lassen. Kiesinger lehnte das ab, da er "unnötige Provokationen" der DDR "nicht für angebracht" hielt. Die Westberliner CDU faßte daraufhin den Beschluß, eine Großkundgebung zu arrangieren und Kiesinger durch gezielte Pressepolitik zu zwingen, dort zu sprechen. Ein letzter Kiesinger-Versuch, dem ungeliebten Auftritt zu entgehen und sich "leicht krank" zu Bett zu legen, ging jedoch schief, da Kiesinger in seiner Grundsatzrede vor dem Parteitag wegen einer Andeutung über die Fortsetzung der "Großen Koalition" ausgezischt worden war und nun eine Stellungnahme abgeben mußte, wollte er seine Autorität innerhalb der Partei nicht aufs Spiel setzen.

NPD-AUFLÖSUNG: NEUE EINZELHEITEN

Zum "geordneten Rückzug" der NPD werden jetzt neue Einzelheiten bekannt (siehe auch EXTRA-Dienst 84/II). Zur entscheidenden Landesvorstandssitzung, die die Selbstauflö-

sung beschloß, wurden nicht alle Landesvorstandsmitglieder eingeladen, damit, wie Vorsitzender Kendzia wissen ließ, "bei der Abstimmung keine Pannen passieren". Der Bundesvorsitzende von Thadden nahm die Begründung zur Selbstauflösung vom 16. Oktober selber vor. Kendzia wurde von Thadden "überzeugt": Ihm wurde im Bundesvorstand der NPD das Amt eines "Berlin-Beraters" angeboten. In einem Gespräch mit Westberliner NPD-Funktionären soll Thadden eingestanden haben, daß die Auflösung des Westberliner Landesverbandes eine "Existenzfrage" für ihn sei; er würde, könnte er das "leidige Problem in Berlin" nicht lösen, zum Rücktritt gezwungen werden. Der umfangreiche Brief, den die Westberliner NPD an ihre Mitglieder versandte und in dem die Gründe für die Selbstauflösung dargelegt wurden, ist von Thadden konzipiert worden. Selbst die Ausfertigung erfolgte auf Briefbögen des Bundesvorstandes der NPD in Hannover. Angeblich aus "Gründen der Sicherheit" wurden mehr Abstimmungszettel für die Auflösungsabstimmung hergestellt als notwendig: es wurde Vorsorge getroffen, um notfalls das Ergebnis in der gewünschten Richtung korrigieren zu können.

ALLIIERTE: WOLLTE PRILL FEUERWEHR BEWAFFNEN ?

Eine Hintergrundinformation über das Nein der Westalliierten, vor allem der Briten, gegen die Ernennung des Senatsrats Joachim Prill zum Westberliner Polizeipräsidenten veröffentlicht die theoretische Zeitschrift der Westberliner Falken, "Positionen", in ihrer letzten Ausgabe. Es heißt dort: "Prill ist ihnen (den Alliierten) nicht geheuer. Sie glauben, daß er die Westberliner Polizei, ausgerüstet als Bürgerkriegsarmee, zu eigenmächtig einsetzen könnte. Kenner der Prill-Entwicklung nennen hinter vorgehaltener Hand den wahren Grund des Alliierten-Vetos gegen ihn: Von ihm stammt der Plan, die Berliner Feuerwehr zu bewaffnen, um über bewaffnete Formationen verfügen zu können, wenn ein Polizeieinsatz durch alliierte Einwände nicht effektiv wird." Bekanntlich müssen die Alliierten bei Einsätzen der Bereitschaftspolizei zustimmen.

GROSSBRITANNIEN: SOLIDARITÄT MIT MAHLER

Die "Revolutionary Socialistic Students Federation" (RSSF) in London, die sich in dieser Woche konstituiert hat, begann ihre Öffentlichkeitsarbeit mit einer Solidaritätsdemonstration für den in Westberlin vor einem Ehrengericht stehenden Rechtsanwalt Horst Mahler. Mit roter Farbe wurde an die Bonner Botschaft in London "Support Horst Mahler against Nazi-Justice" geschrieben. Das Anbringen weiterer Parolen wurde durch eine Polizeipatrouille verhindert. Informierte Nachrichtenagenturen meldeten den Vorfall nicht. Selbst die westdeutsche Botschaft hielt dicht: Sie telefonierte zwar kurz nach dem Farbtopf-Attentat mit dem Londoner Spiegel-Korrespondenten Dr. Alexander, ließ aber nichts verlauten.

EX-SOLDATEN: BEIFALL FÜR DAS HAKENKREUZ

In einer Veranstaltung des "Kameradenkreises ehemaliger Panzertruppen" am 28. Oktober in der Georg-von-Vollmar-Gaststätte in München wurde der NS-Film "Kameraden unterm Edelweiß" gezeigt; die im Film zu sehende Hakenkreuz-Fahne wurde mit heftigem Beifall und Bravorufen bedacht. Als nicht zum "Kameradenkreis" gehörende Besucher gegen dieses Verhalten protestierten, kam es zu Handgreiflichkeiten. Die Humanistische Union hat jetzt gegen die Veranstalter Strafanzeige wegen Verherrlichung des Nationalsozialismus gestellt. - Pikant ist, daß das Haus, in dem die Veranstaltung stattfand, der SPD gehört. Georg von Vollmar war einer der Gründer der bayerischen Sozialdemokratie.

SIEGEN: NPD-LANDESPARTEITAG SOLL GESPRENGT WERDEN

Der nordrhein-westfälische Landesparteitag der NPD am 16. und 17. November soll von Gruppen der Außerparlamentarischen Opposition gesprengt werden. Auch der DGB plant eine Gegenveranstaltung, will aber offiziell an militanteren Gegenmaßnahmen nicht teilnehmen. Der Siegener Stadtrat hat die Siegerlandhalle zur Verfügung gestellt. Die Koordination der Gegenmaßnahmen hat die SDAJ übernommen.

DIE OHRFEIGE DES JAHRES / VON MARTIN BUCHHOLZ

Es war ein Kriminalbeamter in der Gothaer Straße, der es einem Kollegen zuwitzelte: "Was will denn der Kiesinger eigentlich? Wenn man mit einem Backpfeifengesicht rumläuft, tut man's auf eigene Gefahr." Dieses Malmot quittierte der Kollege mit indigniertem Stirnrunzeln: Es gibt nun einmal Dinge, die einem deutschen Beamten heilig zu sein haben. Das Antlitz des "Edel-Nazi-Kanzler" (so Wolf Biermann in seinem Dutschke-Lied) gehört dazu, denn in ihm spiegelt sich das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt wieder.

Dieses Ansehen hat am Donnerstag kurz vor elf Uhr mitteleuropäischer Zeit eine Backpfeife bekommen - von einer "ferngesteuerten journalistischen Agentin", wie der immer wieder vorlaute CDU-Primus Amrehn aus Westberlin verkündete: Beate Klarsfeld, gebürtige Berlinerin, mit dem Pariser "Combat"-Journalisten Serge Klarsfeld verheiratet, Mutter des 3jährigen Arno Klarsfeld ("Mein Mann und mein Kind sind Juden; mein Schwiegervater wurde in Auschwitz vergast."). EXTRA-Dienst-Leser kennen die Vorgeschichte (Nr. 80/II). Nachdem Beate Klarsfeld als Sekretärin des deutsch-französischen Jugendwerks wegen eines "Combat"-Artikels über Kiesingers NS-Vergangenheit entlassen worden war, wurde ihr die gerichtliche Aufklärung der Vorwürfe unmöglich gemacht. Im arbeitsgerichtlichen Streit war der Richter ein Duzfreund von Kiesinger, der zudem noch mit ihm gemeinsam am gleichen Tag (1. Mai 1933) in die NSDAP eingetreten war, eine Provokation im Bundestag ließ Kiesinger unbeantwortet. So sah sie nur noch eine Möglichkeit, den Prozeß zu erzwingen: die "symbolische Ohrfeige", ein sogenannter Backenstreich also, mehr ein Phänomen als alles andere...

Das Phänomen Kiesinger wollte noch am Nachmittag auf einer Pressekonferenz mit grau meliertem Charme seine braunmelierte Vergangenheit verschleiern: Wenn ihn eine Frau schlage, könne er einfach keine Anzeige erstatten. Frau Klarsfeld, "eine zierliche, nicht unansehnliche Erscheinung" ("Tagesspiegel"), war indes verschwunden. Man hatte sie zur Kriminalpolizei in die Gothaer Straße gebracht. Dort wurde sie "gefilit" und anschließend fast pausenlos in Anwesenheit des Staatsanwalts Niels Neelsen verhört. Für den Ankläger war die Sache klar: Dies war ein Fall für ein "beschleunigtes Verfahren". Dieser Terminus wird heute von der Justiz gegenüber dem NS-Ausdruck "Schnellgericht" bevorzugt...

Aus dem "beschleunigten Verfahren" wurde dennoch ein "Schnellgericht" im nazistischen Sinne. Keine sieben Stunden nach der "Tat", ohne daß man dem von Frau Klarsfeld genannten Anwalt Horst Mahler die Möglichkeit zur Vorbereitung der Verteidigung ließ, eröffnete Amtsgerichtsrat Drygalla im Gebäude der Kriminalpolizei die Verhandlung:

Was dann stattfand, ist wirklich nur noch mit Volksgerichtshof-Methoden zu umschreiben. Sicherlich: Amtsgerichtsrat Drygalla war kein Rehse oder Freisler, er lächelte die Angeklagte an, auch wenn sie ihn beschuldigte, "Nazis zu decken", er ließ alle ausreden; die mündliche Urteilsbegründung hätte Händel zu einem neuen "Largo" inspiriert, so moderato cantabile, mit viel Gewissensbariton wurde sie vorgetragen.

Trotz dieser liberalen Tünche schimmerte überall das braune Urmuster dieses Schnellgerichts durch: Beweisanträge der Verteidigung wurden grundsätzlich abgelehnt. Einmalig bisher in der deutschen Justizgeschichte: Bei der Anklage der Körperverletzung lehnt man es ab, den angeblich Verletzten über Art und Weise von Attacke und Blessur zu hören. Begründung: Dieser Antrag diene der Prozeßverschleppung. (Mit gleicher Begründung wurde ein weiterer von uns dokumentierter Beweisantrag, den Zeugen Kiesinger zum Motiv der Tat zu hören, abgelehnt). Mit dieser Begründung hatte sich Amtsrichter Drygalla endgültig als Dritter-Gewalt-Täter entlarvt: Mahler lehnt ihn wegen Befangenheit ab. Drygalla zieht sich kurz in sein Hinterstübchen zurück, zählt es dort wahrscheinlich an seinen Talarknöpfen ab, kommt zurück und erklärt fröhlich und unbefangen seine Unbefangenheit. Auch dieser Antrag diene nur der Prozeßverschleppung. Damit hat Staatsanwalt Niels Neelsen das Wort: Er macht es kurz und schmerzlos, Motive interessieren ihn nicht, hier sei schließlich der "Repräsentant der Regierungspolitik" angegriffen worden, daher sei die in einem Schnellverfahren höchstmögliche Strafe von einem Jahr Gefängnis zu fordern sowie Erlaß eines Haftbefehls, da die Angeklagte ja leicht

"mit einer S-Bahnfahrkarte" entwischen könne; sie habe sich ja auch die Anti-Kiesinger-Dokumente aus einem Potsdamer Archiv besorgt.

Mahler lehnt es ab, vor diesem Gericht ein Plädoyer zu halten, es wäre auch tatsächlich sinnlos gewesen. Dem Antrag des Staatsanwalts Neelsen (der erst kürzlich gegen drei Prügel-Polizisten des 2. Juni 1967 im Fall Friedenberg sechs Wochen Gefängnis mit Bewährung gefordert hatte) wird entsprochen: Richter Drygalla will nach eigenen Worten abschrecken, Gewalt zur Durchführung politischer Ziele anzuwenden. Selbst unter den hartgesottenen Kripo-Leuten und Polizei-Reportern entsteht Unruhe. Mahler, durch Moabiter Erfahrungen gewiß hart im Nehmen, ist sprachlos. Dann fragt er den Richter, ob er wisse, daß der Krückstockschläger des Heiligabend in der Gedächtniskirche lediglich 200 Mark Geldstrafe bekommen habe: Dieser Mann hatte einer Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, nämlich Rudi Dutschke, immerhin eine Kopfwunde beigebracht, die genäht werden mußte. Richter Drygalla weiß es nicht. Eins aber weiß er ganz sicher: "Die Verhandlung ist beendet."

Die Ohrfeige des Jahres? Wir meinen, die hat nicht der Ex(?) -Nazi Kiesinger bekommen, sondern all jene gutwilligen Demokraten, die in der Justiz tatsächlich noch eine unabhängige dritte Kraft sehen und das Schlagwort "Klassenjustiz" anzweifeln. Man sollte Herrn Drygalla und Herrn Neelsen dafür danken und hoffen, daß diese Ohrfeige noch lange schmerzt.

MAHLERS BEWEISANTRAG NR. 4: ABGELEHNT

"In der Strafsache gegen Beate Klarsfeld beantrage ich, Herrn Kurt Georg Kiesinger - Kanzler der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland - zur Zeit aufenthältlich in Berlin, Kongresshalle oder im Gästehaus des Senats, daselbst zu laden - als Zeugen zu hören.

Er wird bekunden, daß er der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei nicht aus opportunistischen Gründen, sondern in der Überzeugung beigetreten ist, daß die von Adolf Hitler vertretene Politik im Besonderen und die nationalsozialistische Ideologie im Allgemeinen richtig ist;

daß er in dieser Überzeugung den Treueeid auf Adolf Hitler geschworen hat;

daß seine Tätigkeit im Reichspropagandaministerium die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts sowie die Werbung für die Politik Adolf Hitlers im In- und Ausland zum Gegenstand hatte;

daß er diese Tätigkeit in eigener Verantwortung gestaltet hat;

daß er als ständiger Verbindungsmann zwischen dem Reichsaußenminister Ribbentrop und dem Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung Josef Göbbels fungierte und deren besonderes Vertrauen genoß, so daß diese ihm auch Staatsgeheimnisse der höchsten Geheimhaltungsstufe anvertrauten;

daß er in dieser Funktion die Richtlinien der deutschen Auslandspropaganda - soweit diese durch Rundfunk betrieben wurde - ausgearbeitet und deren Durchführung überwacht hat; daß er wegen des besonderen Vertrauens, das ihm Ribbentrop und Göbbels entgegengebracht haben, in den Aufsichtsrat der Interradio AG delegiert worden ist und daß ihm die Reichsregierung ein Aktienpaket mit einem Nominalwert von 10.000, -- DM zur Verwaltung anvertraut hatte;

daß die Aufgaben der Interradio AG u. a. darin bestanden, im Ausland Rundfunkstationen zur Förderung der nationalsozialistischen Propaganda zu errichten;

daß er im Jahre 1942 zum Leiter der rundfunkpolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt a) Rundfunkeinsatz, internationale Rundfunkbeziehungen und Rundfunkrecht, technische Rundfunkangelegenheiten; b) allgemeine Propaganda, Koordinierung der Länderreferate, berufen wurde und darin das besondere Vertrauen des Reichsaußenministers Ribbentrop zum Ausdruck kam;

daß er 1943 durch seine erfolgreiche Tätigkeit als Referatsleiter zum stellvertretenden Abteilungsleiter der Rundfunkabteilung des Auswärtigen Amtes befördert wurde;

daß er, als die Reichsregierung mit Rücksicht auf die ungünstige Entwicklung der Kriegs-

lage die Evakuierung der wichtigsten Ministerialbeamten erwog, als zweitwichtigster Mann der rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes in diese Evakuierungspläne einbezogen wurde;

daß er vom Beginn seiner Zugehörigkeit zur NSDAP, insbesondere während seiner Tätigkeit für das Reichspropaganda-Ministerium und das Auswärtige Amt, Kenntnis davon hatte, daß die physische Vernichtung der europäischen Juden ein zentrales Ziel der nationalsozialistischen Politik war;

daß dieses Ziel spätestens seit 1938 durch Vergasung und andere Tötungsarten an Millionen Juden in den Konzentrationslagern realisiert wurde;

daß er noch heute die faschistische Bewegung als Garantie gegen einen Sieg des Sozialismus in Europa für eine geschichtliche Notwendigkeit hält;

daß er noch heute mit Überzeugung die Auffassung vertritt, daß eine Beseitigung des parlamentarischen Systems und die Einführung diktatorischer Vollmachten für die Regierung notfalls in Kauf genommen werden müsse, wenn es gelte, den Sturz des kapitalistischen Systems zu verhindern;

daß er aus diesem Grunde die Verabschiedung der Notstandsgesetze forciert hat und willens ist, die in diesen Gesetzen der Bundesregierung gegebenen Vollmachten erforderlichenfalls gegen einen politischen oder wirtschaftlichen Massenstreik, der die Grundlage der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedroht, einzusetzen;

daß er dem Innenministerium Anweisung gegeben hat, zur Unterdrückung sozialer Unruhen und Streikbewegungen Konzentrations- und Internierungslager (Schutzhaftlager) zu planen und die Vorbereitungen zu treffen, die Pläne kurzfristig zu verwirklichen;

daß er darüber hinaus das Innenministerium angewiesen hat, in allen Bereichen der Bundesrepublik sogenannte schwarze Listen mit den Namen derjenigen Personen anzulegen, die im Falle sozialer Unruhen (Massenstreiks, Generalstreiks etc.) eine führende Rolle spielen könnten;

daß auf seine Anweisung hin vom Bundesinnenministerium Pläne zur schlagartigen Inhaftierung dieser in den schwarzen Listen erfaßten Personen ausgearbeitet worden sind. "

EXTRA-DOKUMENTATION

WESTBERLIN-STATUS: KLAGE GEGEN SENAT UND POLIZEI

Am Mittwoch wurde im Republikanischen Club der Bundeswehr-Deserteur Manfred Grashof vorgestellt, der, vertreten durch Rechtsanwalt Horst Mahler und unterstützt vom Republikanischen Club, vor dem Westberliner Verwaltungsgericht gegen den Senat und den Polizeipräsidenten klagt: Die Polizei soll Grashof aus ihren Fahndungslisten streichen und alle Maßnahmen unterlassen, die Vollstreckung eines Haftbefehls des Amtsgerichts zu durchzuführen, das Grashof wegen Fahnenflucht sucht. Die Klage beruft sich darauf, daß Westberliner Behörden aufgrund von Kontrollratserlassen kein Recht haben, gegen Wehrpflichtige vorzugehen. "Wir würden es begrüßen, wenn die Alliierte Kommandantura dem Berliner Verwaltungsgericht entsprechend klare Richtlinien vermitteln wollte", heißt es in einem Brief des RC an die Kommandantura. EXTRA-Dienst veröffentlicht nachstehend die Erklärung Grashofs, die er im RC abgab. Die von der Redaktion beabsichtigte Veröffentlichung wesentlicher Auszüge aus der Klageschrift wird wegen des Falls Klarsfeld-Kiesinger auf die nächste Woche verschoben:

"Ich habe mich am 1. 7. 68 bewußt von meiner Einheit, der 4. Kp des 6. PzAufkl. Btl. Eutin, abgesetzt und damit den Tatbestand der Fahnenflucht begangen.

Diese Tat war für mich der äußere Ausdruck meines politischen Bewußtseins, welches sich im Laufe meiner sechsmonatigen Dienstzeit aus einer Fülle von emotionalen Antipathien gebildet hat. Ich bin bei Eintritt in die Bundeswehr im Januar 68 bemüht gewesen, meine Eindrücke objektiv und rational zu erfahren und zu verwerten. Nach kurzer Zeit war ich mir jedoch im Klaren darüber, daß ich Gefahr laufen würde, im Zuge der militärischen Schulung und insbesondere der politischen einen Grad des soldatischen Selbstverständnisses zu erreichen, der keine objektive Analyse der Situation mehr zulassen würde.

Ich habe die faschistoid gefärbte Verschleierungstaktik des militärischen Apparates er-

kannt und daraus die notwendige Konsequenz gezogen. Sichtbarstes Zeichen des demokratischen Bankrotts der Bundesrepublik Deutschland war für mich das Inkrafttreten der NS-Gesetze und deren Bundeswehr-Einsatzparagraphen. Da ich nicht gewillt bin, als Mitläufer einer wiederauferstandenen Reichswehr zu dienen, gab es für mich nur eine Alternative. Die Möglichkeit, den Wehrdienst nach Art. 25 Wehrpflichtgesetz zu verweigern, war mir bekannt. Ich war und bin jedoch nicht bereit, mit meiner politischen Einstellung der von Altnazisten getragenen Regierung, die nicht den Willen des Volkes vertritt, auf dem bekannterweise langen Weg durch die Bürokratie zu Kreuze zu kriechen. Die jüngsten Schikaneparagraphen in Sachen Wehrdienstverweigerung zeigen deutlich, wie das Grundgesetz in Bonn verstanden wird. Ich rufe daher alle Kameraden in der Bundeswehr auf: Habt keine Angst vor Schikane und Repressalien. Diskutiert mit Euren Offizieren, wann immer ihr könnt, klärt die Fronten und handelt!"

EXTRA ÜBER UNS

UNSERE LESER weisen wir darauf hin, daß die EXTRA-Dienst GmbH jetzt ein eigenes Postscheckkonto hat. Es hat die Nummer PSK Berlin West 85 21. Natürlich kann auch weiterhin auf unser Bankkonto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Konto 4712 überwiesen werden, bzw. auf das Postscheckkonto dieser Bank, Berlin West 828 00, jedoch mit dem Hinweis: für Konto 4712.

UNSERE ABONNENTEN sind sehr mobil und ziehen viel um. Manche wundern sich dann, daß sie der Dienst an der neuen Adresse nicht erreicht - aber sie haben vergessen, sie uns mitzuteilen. Wir bitten doch, uns eine Karte zu schreiben oder anzurufen. Unser Vertrieb dankt.

ZU UNSERER MELDUNG über amerikanische Straßentheater (ED 87/II) teilt uns ein Leser mit, daß es inzwischen schon rund 20 Gruppen gebe. Meist würden eigene Stücke gespielt, kaum Klassiker mehr. Die meisten der neuen Gruppen seien weniger vom europäischen Kabarett als von Brecht und Artaud beeinflusst. Alle Gruppen haben sich inzwischen, obwohl non-profit-organizations, zu einer Art Agentur, dem "New Radical Theatre", zusammengeschlossen.

EXTRA-REPORT

WAHLBÜNDNIS: ZUSAMMENFASSUNG DER DORTMUNDER DISKUSSION

Beim Gründungskongreß eines Aktionsbündnisses für die Bundestagswahl 1969 in der Dortmunder Westfalenhalle wurde in sieben Arbeitsgemeinschaften die für Dezember vorgesehene Gründung einer Wahlpartei vorbereitet (siehe EXTRA-Dienst 89/II). Die Sonnabend-Tagung fand in der westdeutschen und Westberliner Presse kaum ein inhaltliches Echo: die offizielle Publizistik beschäftigte sich im wesentlichen mit den zutage tretenden Meinungsverschiedenheiten und amüsierte sich über die spießige Atmosphäre des Tagungsortes - rote Nelken und saftiges Grün als Dekoration wie eh und je bei etwelchen Kongressen. Die EXTRA-Dienst-Kollegen von der Münchner "apo-press" haben eine ausführliche Berichterstattung über die Tagung zusammengestellt, aus der wir Teile dokumentieren. In den Arbeitsgemeinschaften wurde über folgende Themen beraten: "Arbeiterinteressen und Arbeiterverantwortung", "Bäuerliche Existenz heute und morgen", "Außerparlamentarische Bewegung im Parlament", "Jugend in Staat und Gesellschaft", "Erfordernisse einer Friedens- und Entspannungspolitik", "Demokratische Wirtschafts- und Strukturpolitik gegen Vorherrschaft des Großkapitals" und "Wir wir den Wahlkampf führen". Aus einigen Arbeitsgemeinschaften veröffentlichen wir Berichte.

DEMOKRATISCHE WIRTSCHAFTS- UND STRUKTURPOLITIK:

Prof. Hofmann verlas seine Thesen zu Problemen der Automation, Inflation und Lohnpolitik, sowie die Notwendigkeit der Überführung wichtiger Zweige der Privatwirtschaft in Gemeineigentum. 1. Die Automation erlaubt eine gewaltige Ausdehnung der Produktion zum Nutzen aller. Sie muß nicht zur Arbeitslosigkeit führen, sondern ermöglicht die Freistellung der Arbeiter und Angestellten für andere Aufgaben. Gleichzeitig muß die Berufsausbildung gründlich reformiert werden. Sie muß dem arbeitenden Menschen im Hinblick auf die Zukunft ein breiteres Verständnis für die allgemeinen Grundlagen der

automatisierten und elektronisierten Produktion verschaffen und durch theoretisch fundierten polytechnischen Unterricht, sowie durch systematische, berufsbegleitende Fortbildung die Fähigkeit zur Anpassung an wechselnde technische Bedingungen vermitteln.

2. In der Zeit der schleichenden Inflation droht jeder Erfolg auf der Seite der Tariflöhne durch Steigerung der Preise, der Mieten, der öffentlichen Lasten wieder hinweggenommen zu werden. Der Kampf um den Reallohn kann sich nicht mehr auf den bloßen Tarifstreit beschränken, sondern wird zur Frage der gesellschaftlichen Macht schlechthin.

3. Verstaatlichung. Das wirtschaftliche Gewinninteresse erweist sich heute als immer schwerer vereinbar mit den Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft. Nur ein Wechsel der Eigentumlage an Produktionsgütern kann Abhilfe schaffen und die ungeheuren materiellen Kräfte, die das Leben erleichtern können, in den Dienst der arbeitenden Weltgesellschaft stellen. In politischer Hinsicht bleibt die unkontrollierte Herrschaft wirtschaftlicher Großgebilde, die sich immer mehr in den Staatsraum hinein erweitern. Demokratie und Herrschaft des Großkapitals haben sich besonders in der jüngeren deutschen Geschichte immer als Widersprüche erwiesen, wobei regelmäßig die demokratischen Möglichkeiten gegenüber den Herrschaftsansprüchen des Kapitals den Kürzeren gezogen haben.

Nach den wissenschaftlich fundierten Thesen Hoffmanns begann eine peinliche Diskussion. Einzelne Diskussionsredner, dem Anschein nach von der heimelichen Atmosphäre des Tagungsraumes angetan, sprachen über "die bösen Amerikaner", die unseren Kapitalisten die Fabriken vor der Nase wegschnappten, über Gastarbeiter und Starfighter, es gipfelte schließlich in der Klage einer Hamburger Krankenschwester über ihren langen Weg zum Arbeitsplatz und das fehlende Weihnachtsgeld.

APO IM PARLAMENT:

In der intensiven Diskussion prallten die Ansichten von Befürwortern und Gegnern einer parlamentarischen Beteiligung aufeinander. Dabei war man sich in der Gesellschaftsanalyse ganz einig, es unterschieden sich nur die Schlußfolgerungen für die daraus folgende Strategie. Einig war man sich, daß das Parlament im Spätkapitalismus nur der Verschleierung und der repressiven Integration in das Staatsmonopol diene, daß die demokratische Konzeption des Grundgesetzes nicht verwirklicht werde, auch nicht werden kann. Denn Konjunkturpolitik funktioniert nur über die Unternehmerprofite, wie Referent Reinhard Opitz betonte, weder Wirtschafts- und Sozialpolitik, noch die Außenpolitik bleiben davon unberührt. Der Staat hat gar keine andere Wahl, als die Interessen der Unternehmer zu begünstigen, um nicht das System zu erschüttern. Er hat vorwiegend die Aufgabe einer Clearingstelle (Ausgleich) der widerstreitenden Teilinteressen, um das Funktionieren des Gesamtkapitals zu gewährleisten, was ihm eine relative Selbständigkeit verleiht. Das ändert aber nichts daran, daß das Parlament nur die Entscheidung der Wirtschaft unter dem Etikett des Volkswillens legitimiert. Wenn auch die scheinbare Willensbildung von unten nach oben eben eigentlich überflüssig ist für die Herrschenden, so ist das Parlament doch für sie nützlich, weil es die Entdemokratisierung vertuscht.

Was hat also die APO in dieser Institution zu suchen? Bliebe ihr nicht nur die Alternative zwischen Anpassung und Unwirksamkeit? Verstärkte sie nicht nur die Verschleierungsfunktion des Parlaments, förderte sie nicht nur den Volksbetrug? Die Befürworter einer Wahlbeteiligung meinten, das Parlament könne durchaus progressiv wirken, Einfallstor für demokratische Elemente werden - seien sie erst einmal eingezogen! Der Wille zum Mehrheitswahlrecht beweise, daß oppositionelle Gruppen durchaus als Störung empfunden würden. Größere politische Aufgeschlossenheit in der Wahlkampfzeit (weil Bürger ja immer noch glauben, sie hätten etwas zu entscheiden) kann als besonders günstige Agitationsperiode und das Megaphon des Parlaments als Sprachrohr für die Öffentlichkeit benutzt werden. Einleuchtend ist auch das Argument, daß die Massen wählen wollen, daß sie Demokratie und Parlamentarismus gleichsetzen und daß man sich von ihnen isoliere, wenn man ihnen nicht eine Wahlalternative gebe. Sonst werde die Bevölkerung nämlich nicht folgern, daß die Revolution nötig sei, sondern an der Opposition zweifeln. Die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien könne nach rechts oder links ausschlagen und biete man keine Wahlalternative, werde der gegenwärtige Rechtskurs verschärft.

Isolierung von den Massen schien in den Augen der Wahlbündler die Todsünde der APO,

mit prinzipiellem Antiparlamentarismus und Antiinstitutionalismus komme man nicht durch. Die Massen wüßten, daß ihre Kraft in der Organisation liege. Die Fetischisierung der Massen, so wurde von APO-Seite dagegengestellt, bedeute Anpassung an ihr Bewußtsein - schon dieser Kongreß zeige die Gefahr der Etablierung des Wahlbündnisses. Parlamentarismus könne nur durch eine direkte Demokratie, d.h. Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen, der Verschleierungsfunktion entgehen. (Einwand: das Räte-system sei nur in revolutionärer Situation möglich - "und wir haben keine revolutionäre Situation in der BRD").

Die APO werde, wenn sie Gewalt gegen Gewalt setze, unterliegen, ihr Weg müsse in die Sackgasse führen oder in einer Sexpol-Bewegung versanden, wie einst die KAPD, die "Happening-Sozialisten" würden von der Bevölkerung nur abgelehnt - dieser Tenor wurde auch von Befürwortern des Wahlbündnisses durchbrochen, die nur in der Zusammenarbeit mit der APO eine Chance für die Aufklärung in der BRD sehen.

BÄUERLICHE EXISTENZ:

In der Diskussion zeigte sich, daß die Landwirte nicht so sehr, wie immer behauptet, an ihrer Scholle hängen, sondern bereit sind, sozialistische Produktionsmethoden zu akzeptieren oder zumindest zu verstehen. Man wurde sich der Macht bewußt, die die Bauern durch eine Zusammenarbeit erreichen könnten gegen Manipulation auf dem Markt und gegenüber den Pressionen von seiten des Handels und der weiterverarbeitenden Industrie. In dem Wahlbündnis sieht die fortschrittliche Bauernschaft die Möglichkeit, ihre Thesen im Wahlkampf 1969 publik zu machen und nach einem Wahlerfolg (auch mit wenigen Abgeordneten) qualifizierte Kritik zu üben.

WAHLKAMPFFÜHRUNG

Grundthese der Diskussion war, daß es nicht so sehr darum gehe, gewählt zu werden, sondern daß entscheidender sei, selbsttätiges Handeln zu propagieren. Der wesentliche organisatorische Inhalt des Bündnisses sei die Zusammensetzung aus sozialen Gruppen, die habe lediglich eine initiative und koordinierende Funktion. Die Demokratie, die durch das Wahlbündnis erfochten werden soll, müsse von den Partnern des Bündnisses "vorgelebt" werden. Anders als bei den herrschenden Parteien sollten die Kandidaten des Wahlbündnisses in öffentlichen Diskussionen nominiert werden. Ein weiterer wesentlicher Punkt sei, daß der Wahlkampf nicht personell (allein durch den Kandidaten), sondern durch die Wahlalternative geführt werde und der jeweilige Kandidat jederzeit dem Bündnis Rechenschaft ablege, also von der Basis kontrolliert werden könne. Es verstehe sich schon von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln her, daß unser Wahlkampf nicht ausschließlich mit traditionellen Mitteln geführt werden könne. Im Mittelpunkt habe die permanente öffentliche Diskussion zu stehen, die in Aufrufen zur Selbstorganisation zum selbständigen politischen Handeln münden müsse. Die Presse - nicht nur die Springers - stehe dem Wahlbündnis verständlicherweise nicht freundlich gegenüber. Die Aktionen müssen deshalb eine Öffentlichkeit erkämpfen, dabei müsse abgewogen werden, ob sie von der Bevölkerung auch verstanden werden. Zusammenfassend sei zu sagen, daß dieser Wahlkampf offensiv, demonstrativ - also nicht traditionell - geführt werden müsse: Wahlkampf als Aktion. Deshalb Aktionsbündnis. Natürlich versuche man mit allem Ernst, die 5%-Hürde zu überspringen, wobei man sich keiner Illusion über den Parlamentarismus und dessen Funktion im Spätkapitalismus hingebe.

EXTRA-DOKUMENTATION

BASISGRUPPE NEUKÖLLN: ELEMENTE MÖGLICHER BETRIEBS-STRATEGIE

Der Sozialistische Club im Westberliner Bezirk Neukölln, der sich als Basisgruppe der APO versteht, stellte uns eine Ausarbeitung für die Basisgruppen-Diskussion zur Verfügung, die wir im folgenden im Wortlaut abdrucken. Die Neuköllner Basisgruppe hat, nach eigenen Angaben, inzwischen 82 Mitglieder (davon 31,6 % Arbeiter, 20,4 % Angestellte, 16,8 % Schüler, 14,4 % Studenten, 9,6 % Lehrlinge und 7,2 % Beamte). Das Durchschnittsalter der Gruppe liegt bei 24 Jahren, heißt es in einer Selbstdarstellung. Drei

Arbeitskreise beschäftigen sich mit dem Mieterproblem, mit Betriebsarbeit und politischer Theorie. Der Arbeitskreis Betriebe erklärt, daß die Selbstschulung im wesentlichen abgeschlossen sei und daß man sich jetzt in einer Strategiediskussion befinde. - Zu dieser Strategiediskussion gehört das folgende Papier, das davon ausgeht, daß in den Betrieben bereits sozialistische Gruppen bestehen; das Papier behandelt eine mögliche Politik dieser Gruppen im Betrieb, nicht aber ihre Bildung und ihren Aufbau.

"Die Leitvorstellung der Arbeiter-Selbstbestimmung hat ungeachtet ihrer theoretischen Ableitung das strategische Ziel, die reformistisch-ideologische und bürokratische Integration der Arbeiter durch die Gewerkschaften zu bekämpfen und damit der Mitbestimmungsparole des DGB-Apparats die bisher allerdings formelhafte Verkürzung eigener, sozialistischer Position entgegenzusetzen. Die Unvermitteltheit der Forderung nach Arbeiterselbstbestimmung mit dem empirischen Bewußtsein und der Praxis im Betrieb hat bisher eine stringente sozialistische Konzeption in den Betrieben erschwert, wenn nicht sogar wegen des reinen Dualismus von eigenen Zielvorstellungen und der Misere in den Betrieben tendenziell zu einer voluntaristischen Praxis geführt. Es kann uns schließlich nicht darum gehen, die Interessenvertretung der Arbeiter im Rahmen der bestehenden Betriebsverfassung zu untersuchen und so die Position integrierender linker Gewerkschafter einzunehmen, sondern es muß unsere Aufgabe sein, die bestehende Betriebsverfassung als Instrument der Klasseninteressen des Kapitals bloßzustellen. Dies schließt nicht nur aus, sondern es hat zur Voraussetzung, daß wir uns in den Betrieben, ausgehend von dem empirischen Bewußtsein der klassenbewußteren Arbeiter, eine 'Vertrauensposition' erkämpfen, die in geeigneten Konflikten als Hebel zur Veränderung des praktischen Verhaltens der Arbeiter eingesetzt werden kann, wobei die Position diese Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie sich schon vorher im Bewußtsein der klassenbewußteren Arbeiter als konsequente Interessenvertretung der Arbeiter darstellt. Voraussetzung solcher Praxis ist eine im Bewußtsein relativ homogene Betriebszelle, die ihre Arbeit auf mehreren Ebenen zu leisten hätte. Je nach der Struktur des Betriebes hätte sie die formelle Organisation des Betriebes durch informelle Gruppenbildung zu unterlaufen, hätte vorhandene kollektive Arbeitsbedingungen über das Stadium herrschaftssoziologischer Argumentation hinaus klassentheoretisch zu begründen und kollektives Handeln zu stimulieren (Widerstandshandlungen bis hin zum 'wildem' Streik).

Die Zelle hätte weiter die Aufgabe, in bestehende, tendenziell linke informelle Gruppen einzudringen und durch Ausnutzung von Vertrauensleutepositionen eine legalisierte Kommunikation zu tendenziell linken Arbeitern aufzunehmen, um Klassenpositionen einzunehmen und die Arbeitsbedingungen der sozialistischen Zelle zu verbessern. Die Zelle hätte schließlich die Aufgabe, Betriebsratsmitglieder zu stellen, um eine größere Information über sich anbahnende betriebliche Konflikte zu haben, die die Zelle dann agitatorisch verwenden könnte; ferner, um Informationen über die den Interessen der Arbeiter zuwiderlaufende Praxis der Gewerkschaftler und SPD-Leute zu bekommen und schließlich bei einem geeigneten Konflikt durch Rücktritt von den Positionen den Arbeitern die sinnliche Erfahrung zu vermitteln, daß es unmöglich ist, die Arbeiterinteressen konsequent im Betriebsrat zu vertreten. Der Rücktritt von Positionen kann eine das Bewußtsein und die klassenkämpferische Praxis der Arbeiter stimulierende Bedeutung haben, wenn schon vorher durch die Arbeit der Zelle eine größere sozialistische Gruppierung im Betrieb entstanden ist, die in der Lage wäre, mögliche Protestmaßnahmen inhaltlich abzuklären und organisatorisch zu tragen.

Diese Konzeption hat in Bezug auf die reale Situation in den Betrieben zwei Implikationen. Sie benutzt - allerdings subversiv - legalisierte reformistische und auf Integration angelegte Institutionen (Betriebsrat, Vertrauensleute), und sie muß bei dem empirischen Bewußtsein der klassenbewußteren Arbeiter ansetzen.

Gerade die meisten klassenbewußteren Arbeiter (mit Ausnahme der etwa 2 % betragenden marxistischen Arbeiter, siehe Popitz usw. sowie Kehrer) sind an der Gewerkschaft orientiert, wobei allerdings, selbst unter Gewerkschaftsmitgliedern (siehe Jantke, Zeche) in beträchtlichem Umfang Kritik an der Integration von Gewerkschaft und Betriebsrat in das bestehende Herrschaftssystem geübt wird (siehe Popitz, Friedeburg, Betriebsklima; Jantke, Symanowski/Vilmar usw.). Diese Kritik wird auch von Arbeitern aufgenommen,

die nicht in der Gewerkschaft organisiert sind, die aber dennoch ein dichotomisches Bewußtsein haben, d. h. ein Bewußtsein von einem oben und unten in der Gesellschaft. Da sich die Resignation der Arbeiter (nach Popitz und Institut für empirische Sozialforschung) vor allem von ihrer Position am Arbeitsplatz, auch vom 'Versagen' der SPD und des DGB, ableiten läßt, wäre gerade in der konsequenten Interessenvertretung der Arbeiter im Betrieb das Mittel zu sehen, das weitgehend dichotomische Bewußtsein der Arbeiter zu einem nicht-resignativen Klassenbewußtsein zu verändern. Indem aber gerade die Mitbestimmungsforderungen des DGB tendenziell gegen die Selbstorganisation der Arbeiter im Betrieb und d. h. gegen Klassenkampfpositionen gerichtet ist, andererseits den Gewerkschaftsapparat, d. h. bestehende Herrschaftsstrukturen, verfestigen soll, ergeben sich für uns von beiden Seiten Angriffsmöglichkeiten gegen die DGB-Forderungen, die bereits im empirischen Bewußtsein der Arbeiter angelegt sind.

Unsere eigenen Vorstellungen zur organisatorischen Form der proletarischen Interessenvertretung in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Lage muß an das Bewußtsein unserer Zielgruppe im Betrieb anschließen, jedoch deren Elemente so weit ausbauen, daß unsere Forderungen vom kapitalistischen System nicht integriert werden, zum anderen aber mit dem Ziel der Arbeiterselbstbestimmung vermittelt werden können. Ausgehend von der Austragung der Klassenkonflikte am Arbeitsplatz müßte gegen die Mitbestimmungsforderung des DGB die organisatorische Legalisierung der Gegenmacht der Arbeiter im Betrieb gefordert werden. Dies würde nicht nur die Aufhebung der Vertraulichkeitspflicht, sondern vor allem die Aufhebung der Friedenspflicht des Betriebsrats bedeuten. Es darf nicht unsere Aufgabe sein, einen quasi Gegengesetzentwurf zu konzipieren, wohl aber Kritik der Arbeiter an den bestehenden Organisationen aufzunehmen, sie auf ein Klassenbewußtsein zu zentrieren, diese Forderungen zugleich aus der eigenen Praxis abzuleiten und ihnen so einen folgerichtigen Charakter zu geben. Weil der Gewerkschaftsapparat sehr stark gegen unsere Forderungen auftreten wird, zerstört er zugleich etwaige Illusionen, die Einzelne noch an ihn geknüpft haben.

Die Forderung nach organisierter Gegenmacht im Betrieb unterscheidet sich fundamental von dem Coventry-Experiment. Es kann uns nicht darum gehen, Ausbeutungsfunktionen des Kapitals selbst zu übernehmen, sondern es müßte unsere Aufgabe sein, wenn schon die Möglichkeit der Veränderung der Betriebsverfassung möglich sein sollte, die organisatorische Absicherung einer Gegenmacht der Arbeiter zu propagieren. "

----- anzeige -----

DIE STUDENTEN UND DIE SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI WESTBERLIN

Die Kontinuität der Politik der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin in den Hochschul- und Studentenfragen in der Zeit von März bis Oktober 1968 - Zusammenge stellt von Eberhard Schmidt und Horst Koners - Broschüre - 254 Seiten - DM 5.00 - Erhältlich in der Bücherstube des Republikanischen Clubs und in den Buchhandlungen.

===== bestellschein =====

EXTRA-DIENST GMBH 1 BERLIN 31 PFALZBURGER STRASSE 20 TEL. 86 21 89

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate, zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden. Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto der EXTRA-Dienst GmbH, Berlin-West, Nr. 8521, oder auf das Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712.

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: